



BUNDES
SGK

Sozialdemokratische Gemeinschaft
für Kommunalpolitik in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.

**Grußwort
des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion,
Dr. Peter Struck, MdB**

**auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK
am Freitag, dem 17. März 2006, in Hannover**

Es gilt das gesprochene Wort

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin aus verschiedenen Gründen heute hier zur SGK-Bundesversammlung gekommen, einmal weil ich selbst Mitglied der SGK bin. Ich habe meine ehrliche Arbeit mal als kommunaler Wahlbeamter begonnen. Von daher habe ich natürlich Ahnung von Kommunalpolitik. Das hat sich bei mir bis heute gehalten. Das können die Mitglieder der Fraktion bestätigen.

Der zweite Grund war Herbert Schmalstieg, der von euch heute zu Recht geehrt worden ist. Herbert, wenn ich noch Verteidigungsminister wäre, hätte ich für dich heute einen schönen großen Zapfenstreich gemacht. Wir kennen uns schon lange, auch schon zu Zeiten, als wir beide noch viel mehr Haare als heute hatten. Wir haben lange zusammengearbeitet, manchmal auch er auf der einen und ich auf der anderen Seite, links und rechts, je nach dem, wie es so kam. Aber herzlichen Dank Herbert, auch für die Arbeit, die du für die Landeshauptstadt Hannover und für die niedersächsische SPD geleistet hast. Ich bin dir sehr zu Dank verpflichtet.

Der dritte Punkt ist: Euer Vorsitzender Gerhard Langemeyer, der ja heute mit einem sehr guten Ergebnis gewählt worden ist, sogar zwei Prozent mehr als ich bei der Fraktion hatte. Du hattest 96, ich 94. So viel ist bei mir eher ungewöhnlich. Gerhard Langemeyer und ich haben eine gemeinsame Liebe. Das ist der Verein Borussia Dortmund. Wir sind beide im Wirtschaftsrat vom Verein, haben den Verein jetzt langsam wieder nach oben gebracht, Schulden abgebaut. Ich bin auch Inhaber von zwei Aktien von Borussia Dortmund, die sind allerdings nicht mehr so viel wert. Und in einem Punkt sind Gerhard Langemeyer und ich uns einig. Christian Ude wird und das nicht übel nehmen. Wir sind der Meinung, dass Bayern München auf keinen Fall Deutscher Meister werden darf.

Genossinnen und Genossen, ich möchte nicht so ein kurzes Statement wie Christian Ude machen, sondern nur zu zwei Punkten noch mal etwas sagen. Der eine Punkt ist die Föderalismusreform. Die Föderalismusreform ist aus meiner Sicht unabdingbar notwendig. Wir brauchen sie, aber ich sage genauso deutlich, nicht so, wie sie jetzt eingebracht worden ist, nicht um jeden Preis. Vor allen Dingen habe ich überhaupt kein Verständnis dafür, dass offenbar nur wegen des Willens eines einzigen Ministerpräsidenten, nämlich des Hessischen Ministerpräsidenten, das so genannte Kooperationsverbot im Bildungsbereich beschlossen worden ist.

Das sagt konkret: Der Bund darf den Ländern kein Geld mehr geben, wenn es irgendwo im Bereich der Bildung ausgegeben werden soll. Ich denke mal, ihr seid mit mir der Meinung, dass unser Ganztagschulprogramm, was die rot-grüne Regierung mit vier Milliarden Euro beschlossen hat, ein großer Erfolg war und dass wir einen solchen Erfolg auch weiterhin wollen. Ich hoffe, dass wir dieses Kooperationsverbot im Laufe der Verhandlungen wegstreifen. Meine Fraktion hat das intensiv diskutiert. Ich denke, dass wir auch im Bereich der Länder in einigen Bereichen noch Zustimmung finden werden.

Wie gesagt: Die Föderalismusreform ist notwendig, aber nicht um jeden Preis und nicht um den Preis, dass wir uns von manchen Ländern erpressen lassen. Wir brauchen keine 100-Prozent-Zustimmung der Länder, sondern wir brauchen eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Das heißt, dass wir auch mit Ländern reden müssen, in denen die FDP mitregiert, z.B. in diesem Land hier in Niedersachsen. Da weiß ich, im Bereich der Bildung stehen die auf unserer Seite.

Der zweite Bereich, den ich kurz ansprechen möchte, ist der Bereich der Familienpolitik. Wir haben in der Koalitionsfraktion einen Gesetzentwurf von Frau von der Leyen massiv abgeändert, was die steuerliche Förderung von Kinderbetreuung angeht, und zwar zum Vorteil derjenigen, die nicht so viel verdienen. Aber im Zusammenhang mit der Debatte darüber ist die Frage aufgetaucht, wie viel Geld eigentlich der Staat auf allen Ebenen für Kinderbetreuung oder Familienförderung ausgibt. Es gibt eine Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage im Parlament. Wenn man alles zusammenrechnet einschließlich der steuerlichen Lösungen, sind das rund hundert Milliarden Euro im Jahr. Ich denke mal, liebe Genossinnen und Genossen, dass ihr mit mir in einem Punkt einig seid. Es muss doch möglich sein, bei diesen hundert Milliarden, die da ausgegeben werden, eine andere Regelung zu finden, die es ermöglicht, dass die Kindergartenplätze in Deutschland inzwischen ohne Gebühren

vergeben werden können und wir sagen können: Jeder, der sein Kind in den Kindergarten schickt, muss dafür nichts bezahlen. Ich weiß, was jetzt bei euch im Kopf tickt. Das weiß ich ganz genau. Das heißt auch, dass ich sagen muss, wir müssen eine Regelung finden, die es ermöglicht, dass der Bund direkt an diejenigen, die Kindergärten betreiben, das Geld gibt, ohne den Umweg über die Länder, weil die gleich wieder einkassieren, das kennen wir ja alles, und dass wir das im Zusammenhang mit einer Neuordnung der Familienpolitik auch regeln müssen.

Ich bin sehr froh, dass Bärbel Dieckmann sich bereit erklärt hat, für die Partei mit uns zusammen ein solches Konzept zu erarbeiten. Wir wollen Ende des Jahres dazu etwas vorlegen.

Wenn man auf die Zusammenarbeit von SPD und CDU-CSU eingehen will, kann ich nur ganz kurz sagen, dass es am Anfang schwierig war. Wenn man so wie ich seit 1980 im Bundestag nie das beklatscht hat, was irgendeiner von der CDU jemals im Bundestag gesagt hat, da muss man sich dran gewöhnen, dass man bei der Frau Merkel dann auch mal klatschen muss, wenn die redet. Umgekehrt geht denen das ganz genauso. Inzwischen haben wir auf der Arbeitsebene, auch ich auf meiner Ebene mit Kollegen Kauder eine gute Zusammenarbeit. Wir wissen, dass die Fraktionen die treibenden Kräfte im Bereich der Regierungspolitik sind. Ohne die Zustimmung der Fraktionen kriegt Frau Merkel kein Gesetz durch. Das ist so. Außerdem gilt das so genannte Struck'sche Gesetz: Kein Gesetz kommt aus dem Bundestag so raus, wie es reinkommt. Das heißt, die Fraktionen gestalten natürlich auch Politik.

Da komme ich auf die Kommunalpolitik zurück. Wir haben gerade in der letzten Woche mit den kommunalen Spitzenverbänden über Fragen, die anstehen, geredet. Das war ein gutes Gespräch. Ich will an dieser Stelle zum Abschluss auch noch sagen: Wir haben in der Fraktion viele Kommunalpolitiker, aber auf einen setze ich in diesem Zusammenhang ganz besonders. Das ist der Vorsitzende unseres Gesprächskreises Kommunalpolitik Bernd Scheelen. Auch dir Bernd vielen Dank für deine Arbeit.

Ich wünsche euch für heute Abend viel Spaß. Herbie gibt mit Sicherheit einen aus. Muss er als Ehrenvorsitzender. Und zum Schluss will ich sagen: Ihr könnt euch auf die SPD-Bundestagsfraktion verlassen, wenn es um kommunalpolitische Fragen geht. Schönen Dank für eure Aufmerksamkeit.